



Kostenlos

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 217

Wilhelmshaven

Mai 2006

Seewärts!

Der erweiterte Valois-Platz: Mit Geldern der Sozialen Stadt wurde der Weg ins Wasser erschlossen.



Platz!

Die Fortsetzung einer der vielen unendlichen Wilhelmshavener Geschichten finden Sie auf Seite 3: Der Neubauplan des Holiday Inn wurde aufgegeben, stattdessen gibt es nun ein Columbia Hotel. Klugerweise verzichtete man diesmal auf die Bekanntgabe von Baubeginn und Eröffnungstermin.

Die Linke Alternative Wilhelmshaven will im nächsten Stadtrat mitmischen. Wir stellen die LAW und einige ihrer Forderungen auf Seite 4 vor.

Ist es eine Einschränkung der grundgesetzlich garantierten Freizügigkeit, wenn Jugendliche unter 25 Jahren nicht mehr eine eigene Wohnung beziehen dürfen? Um diese und ähnlich brisante Fragen geht es in unserem Bericht über die April-Veranstaltung der Arbeitsloseninitiative auf Seite 5.

Der Schutz der Umwelt ist in aller Munde. Doch müssten da nicht gerade die öffentlichen Betriebe Vorreiter sein? Wir gehen auf Seite 6 der Frage nach, wie es bei den Stadtwerken damit bestellt ist.

Gibt es in Wilhelmshaven noch eine Eishalle? Gibt es noch einen Eishockeyverein? Wir wissen es nicht. Wir wissen nur, dass es noch eine ganze Menge Eishockeyfans gibt, die auf Seite 7 für ihren Verein streiten.

Haben die Kinder von Arbeitslosengeld II-Empfängern wirklich keine Chance auf dem Arbeitsmarkt? Dieser Frage gehen wir auf Seite 8 nach. Ebenfalls auf Seite 8 finden Sie eine Antwort auf die Fragen der Ali nach den Mietobergrenzen in Wilhelmshaven.

Bekommen Kinder, deren Mütter eine Ausbildung absolvieren, eigentlich Sozialgeld? Hartz IV und Recht diesmal auf Seite 9.

'Machtwahn' heißt das neue Buch von Albrecht Müller. Es geht darum, wie mittelmäßige Führungseliten uns zugrunde richten. Eine Buchbesprechung auf Seite 10.

"Niedersächsische Kommunen sparen die Gleichberechtigung kaputt", heißt es provozierend auf Seite 11. Es geht um die Abschaffung der hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten.

"Heraus zum 1. Mai" heißt es diesmal auf den Seiten 2 und 12.

meldungen

20 Jahre nach dem Super-GAU: Folgen von Tschernobyl werden verharmlost

Die gesundheitlichen Folgen der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl vor 20 Jahren sind viel weitreichender als bislang angenommen. Das geht aus einem Bericht hervor, den die Umweltschutzorganisation Greenpeace am 18. April in Kiew, Amsterdam und Berlin veröffentlichte. Genaue Opferzahlen können nach dem Bericht nicht genannt werden, weil sich die gesundheitlichen Folgen noch lange nicht abschließend beurteilen lassen. Klar wird aber, dass die Zahlen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) mit 4.000 Toten ein zu harmloses Bild zeichnen. Der Report fasst viele bislang im Westen nicht berücksichtigte Studien unter anderem aus dem russischen Sprachraum zusammen. "Keiner kann mit Bestimmtheit sagen, wie viele Menschen an den Folgen von Tschernobyl sterben werden. Dazu sind die Auswirkungen der Radioaktivität zu vielfältig und ist die Datenlage zu ungenügend. Deswegen aber "nur" von 4.000 Opfern zu sprechen, ist unverantwortlich", sagt Marko Konrad von der Greenpeace-Gruppe Wilhelmshaven.

Auch zwei Jahrzehnte nach dem Unfall ist der Zustand des havarierten Reaktors 4 des Atomkraftwerkes Tschernobyl in der Ukraine noch katastrophal. Die Schutzhülle aus Stahl und Beton, mit der die Reaktorrüine von der Umwelt abgeschottet werden soll, ist vom Einsturz bedroht. Sie wurde im ersten halben Jahr nach der Reaktorkatastrophe hastig und unter schwierigsten Bedingungen errichtet. Die Konstruktion ist instabil. In der Außenwand klaffen Löcher, durch die der Wind radioaktiven Staub herausbläst und Regenwasser eindringt. Würde der Reaktor einstürzen, würde eine radioaktive Staubwolke die Menschen in der Region erneut bedrohen und zusätzlichen Strahlenbelastungen aussetzen. Bis heute gibt es kein Gesamtkonzept zur langfristigen Absicherung der Ruine. Das macht ein weiterer von Greenpeace im April 2006 vorgelegter Bericht deutlich.

"Damit überlassen wir die Probleme von Tschernobyl den nachfolgenden Generationen, weil niemand in der Lage ist, die Folgen der Katastrophe auch nur annähernd zu lösen", erklärt Marko Konrad. "Die Baustelle Tschernobyl zeigt: Wir Menschen beherrschen nicht einmal die Aufräumarbeiten eines Atomunfalls, geschweige denn die Atomkraft selber."

Greenpeace fordert, alle Atomkraftwerke so schnell wie technisch möglich abzuschalten und die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) umzuwandeln: Sie soll nicht länger die zivile Nutzung der Atomkraft fördern, sondern den weltweiten Ausstieg aus der Atomkraft beaufsichtigen.

Den Gesundheits-Report und die Studie "Keine Lösung in Sicht; Die Lage am Standort Tschernobyl" (39 S.) finden Sie unter www.greenpeace.de/tschernobyl (Pressemitteilung Greenpeace)



Der DGB Wilhelmshaven zum 1. Mai 2006

"Deine Würde ist unser Maß!"

- lautet das Motto der Gewerkschaften zum 1. Mai 2006. Würde hat immer auch etwas mit Respekt zu tun. Viele Aktivitäten und Aktionen, die die Gewerkschaften initiiert und unterstützt haben, sind diesem Anspruch gerecht geworden: Aktionen gegen Rechtsradikalismus und Neofaschismus, Streiks gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen und gegen Lohnkürzung, Aktionen gegen die neoliberale und konservative Politik der EU, der Einsatz für Existenzsichernde Löhne und vieles mehr. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben in den letzten Monaten sehr wichtige Schritte getan, um ihre Würde zu sichern und für ihre Arbeit den notwendigen Respekt zu erhalten.

Die Hafenarbeiter haben durch ihre Aktionen die Port-Package II-Richtlinie der EU vom Tisch bekommen. Damit haben sie ein sehr gutes Beispiel geliefert, dass es durch unterschiedenen Widerstand möglich ist, Arbeitnehmerrechte gegen die Neoliberalen und Marktradikalen in Europa zu verteidigen. Die Aktionen waren Ansporn für die europäische Gewerkschaftsbewegung, gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie (Bolkestein-Richtlinie) auf die Straße zu gehen. Wir haben gemeinsam erreicht, dass das EU-Parlament den Entwurf an sehr wichtigen Punkten im Sinne und Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verändert hat und somit ein geänderter Vorschlag an die EU-Kommission gerichtet werden konnte. Dies war nur durch das gemeinsame politische Handeln der Gewerkschaften in Europa möglich.

Damit ist eine sehr wichtige Grundlage für weitere Aktionen gegen Lohn- und Sozialdumping in Europa geschaffen.

Wir nehmen nicht mehr hin, dass der Sozialstaat immer weiter demontiert wird.

Die große Koalition ist darauf gerichtet, die Grundlagen des Sozialstaates weiter zu schwächen. Sozialabbau gegen Erwerbslose und RentnerInnen funktioniert jetzt viel schneller und reibungsloser. Zwar mit Gegenreden, aber ohne viel Widerstand setzt die Bundesregierung ihre Absicht, das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre zu erhöhen, fort. Für viele Menschen wird dieses nichts anderes als eine Verlängerung der Arbeitslosigkeit und folglich eine erhebliche Rentenkürzung bedeuten.

Wir wehren uns gegen betriebliche Willkür! Betriebsräte und Gewerkschaften gemeinsam sind in der Lage, im Interesse der Beschäftigten zu arbeiten. Betriebsräte sind ein entscheidendes Instrument zur Verteidigung unserer Würde. Sie können dazu beitragen, dass wir bei den Arbeitgebern den notwendigen Respekt erhalten. Nutzen wir die Kampagne "Vertrauen ist gut – Betriebsrat ist besser" zur Wahl vieler neuer Betriebsräte! So haben wir u.a. die Chance, betrieblich die Möglichkeiten gegen prekäre Beschäftigungen zu verbessern.

Die Aktionen und Streiks haben dazu geführt und führen weiter dazu, dass wir wieder selbstbewusster unsere Forderungen formulieren und durchsetzen.

Wir nehmen nicht mehr alles widerstandslos hin.

Und deshalb - Heraus zum 1. Mai!

Zum Titelbild

Waren es bis vor zwei Jahren noch Parkplätze, die unsere Stadtplaner und -bauer zu schöpferischen Höchstleistungen anspornten, sind es in Zeiten der EU-Fördergelder anspruchsvollere Projekte, die unter den Zeichenstiften von Stadtbaurat Kottek & Co. entstehen. Während die aus Mitteln der Sozialen Stadt geförderte Neupflasterung und Umgestaltung (?) des Banter Markts (der immer noch keine Funktion für den Stadtteil hat) noch deutlich die Handschrift der Parkplatzbauer trägt, hat man mit dem Valois-Platz den Weg in schöpferisches Neuland besritten. Stadtbaurat Kottek verwirklichte sich mit der Erweiterung des Valois-Platzes einen schon verloren geglaubten Traum: Von der Innenstadt aus kann man das Wasser sehen! Möglich machten es die 500.000 Euro Fördergelder. Fachmännisch: Es wurde ein unendlich großer Platz geschaffen. In der Stadtteilzeitung 'Impuls' heißt es unter der Überschrift: 'Großprojekt wertet Südstadt auf' völlig aussagelos: "Die Kundenströme der Innenstadt werden über den Stadtteil mit den touristischen Kundenströmen der maritimen Meile vernetzt. Ortsunkundige Besucher Wilhelmshavens wissen häufig gar nicht, wie nah sie am Wasser sind."

Ob die Gäste des JadePortHotels am Süstrand und die Gäste des HolidayInn oder Columbia-Hotels da nicht in Konflikt mit den Kundenströmen der Innenstadt und den touristischen Kundenströmen der maritimen Meile geraten? (hk)

Anlässlich des 20. Jahrestags des "Tschernobyl-GAUs" ruft ein Bündnis von Aktion Z (Bürger/innen-Initiative gegen das Zwischenlager am AKW Esenshamm), BUND, Greenpeace, Bündnis 90/Die Grünen aus verschiedenen Landkreisen und einigen Einzelpersonen zu einem Multi-Aktionstag am 29.04. ab 15 Uhr vorm Atomkraftwerk Esenshamm auf und wünscht sich ganz viele Mitstreiter/innen!!



Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 99 49 90
Fax: 0180-5060 3441 9546
eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen, Hannes Klöpfer (verantw. Redakteur), Jessica Kramhöft, Anette Nowak, Thomas Sobel, Imke Zwoch;
Druck: Papudis; Auflage: 4.600 Exemplare
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr: 500 355, BLZ 282 900 63

Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit) jeweils zum Monatsbeginn
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 27.04.2006

**Gegenwind im Internet:
www.gegenwind-whv.de**

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben - und diesmal besonders bei Annika Gedat (ag).

Holiday out

Neue Entwicklungen bei Vorzeigeprojekten stimmen wenig optimistisch

(iz) Kann hier denn nie mal was glatt über die Bühne gehen? Immer wieder werden Vorzeigeprojekte für die Stadt als der große Durchbruch angekündigt. Gewachsene Strukturen zu zerstören, die dem Neuen weichen müssen, geht auch stets flott von der Hand. Auf die Fertigstellung bzw. damit den damit verbundenen Aufschwung warten hoffnungsvolle BürgerInnen jedoch meistens lange und manchmal auch vergeblich.

Schon einmal musste das Bauschild für das geplante "MCB-Holiday-Inn"-Hotel an der Jadestraße aktualisiert werden – der Fertigstellungstermin (geplant war Sommer 2006) wurde um ein Jahr verschoben. Schuld war das (mittlerweile beendete) Gerangel darum, wer die Kosten für die Sanierung des Baugrundes übernimmt, der durch Schweröl – eine Altlast aus dem 2. Weltkrieg – verseucht war. Im Ergebnis blieben dem Investor die 800.000 Euro erspart, der Bund als Verkäufer zahlte.

"Weg für Hotelneubau wird frei gemacht" ließ die Lokalpresse Mitte Dezember 2005 verlauten. Nun konnte es ja endlich losgehen. Oder? Nach Abschluss der Sanierung wirkte das Gelände ziemlich aufgeräumt, von regem Baubetrieb konnte keine Rede sein, Ende März waren sämtliche Baumaschinen verschwunden. Mitte April wurde der Vorhang des Schweigens gelüftet: Noch vor dem eigentlichen ersten Spatenstich trennte sich der Investor Rüdiger Tober von der Holiday-Inn Hotelkette und verkaufte seine Anteile an der "MCB Hotelerrichtungs- und Betriebsgesellschaft" an die Columbia-Gruppe.

Die Columbia-Gruppe gehört zur Holding der Reederei Schoeller und betreibt in Deutschlands und auf Zypern (Sitz der Holding) diverse Hotels der gehobenen Klasse. Sie will nun an der Jadestraße ein Viersternehotel errichten, das dem bisher geplanten gleichwertig ist. Ob das bis Sommer 2007 realisiert wird? Böse Zungen behaupten, demnächst würde das Bauschild durch ein elektronisches Display ausgetauscht, um hinsichtlich des Fertigstellungstermins aktuell zu bleiben. Und viele Ortsansässige stimmen die wechselvollen Entwicklungen deshalb nachdenklich, weil sie kein Einzelfall sind.

Erinnern Sie sich an den geplanten "Dubai-Hotelturm" am Südstrand? Das erste, was passierte, war, das etablierte Jugendhotel "Seeräuber" dafür zu schließen. Dieser Teil des denkmalgeschützten Hotelensembles am Südstrand sollte für den Neubau abgerissen werden. Erst dann erfolgte die planungsrechtliche Überprüfung, Kollisionen zwischen hafengebundenem Gewerbe und Wohnraumnutzung zeichneten sich ab. Aus diesen oder anderen Gründen machte der Investor einen Rückzieher. Was blieb, war der wenig repräsentative Leerstand des "Seeräubers" – an der "maritimen Meile", dem Aushängeschild unserer Stadt. Ein Denk- und Mahnmal verfehlter Stadtplanung.

Hotelismus und Pflasteritis

Nicht nur der "Hotelismus" prägt unser Wolkenkuckucksheim, auch die "Pflasteritis" ist im Kommen. Erinnert sei an der Banter Markt. Früher ein öder (Park-)Platz mit desolatem Belag, heute ein öder Platz mit schicke Pflaster, aber ohne jegliche Infrastruktur, die ihn als Kommunikationsraum auszeichnen

würde. Der dortige Wochenmarkt, an sich eine prima Idee, ist auf zwei unerschrockene Standbetreiber geschrumpft.

Es folgte die Pflasterung der östlichen Marktstraße mit schickem Granit. Mal abgesehen davon, dass es nicht ganz so schick aussieht, wenn die Planer sich verrechnen und die nachgelieferten Steine einen anderen Farbton aufweisen – wenn beiderseits die Leerstände fluktuieren und allenfalls durch Billigläden gefüllt werden, hat das die gleiche Ästhetik wie ein Seidenkleid mit Filzpantoffeln.

TOP 1 der Hitliste ist momentan der Valoisplatz, der durch eine "maritime Allee" Richtung Jadestraße verlängert wurde. Zu diesem Zweck wurde die bestehende und viel genutzte Grünanlage zwischen Rhein- und Weserstraße platt gemacht und mit feinem Pflaster versiegelt. Eine Allee ohne Bäume – damit ist man den östlichen Bundesländern, die derzeit systematisch ihre berühmten Alleen erst noch abholzen, einen großen Schritt voraus.

Am Rande erwähnt sei noch die „Agenturose“. Immer mal wieder wird eine Agentur eingeschaltet, um die Probleme zu lösen, die auch hochkarätige Leute in Rat und Verwaltung allein nicht in den Griff kriegen. Es ist sicher nicht verkehrt, mal etwas Geld in die Hand zu nehmen, um sich einen unverstellten Blick von außen zu leisten. Die Ergebnisse sollten das dann allerdings rechtfertigen. Als nächstes steht in dieser Hinsicht die Neubürgeragentur auf dem Prüfstand.

Zweckpessimismus?

Aber vielleicht kommen die Bäume auf der "maritimen Allee" ja noch, muss man das Pflaster nur wieder hochnehmen. Wir wollen ja auch nicht alles schlecht machen. Wir wollen auch das Hotel an der Jadestraße nicht tot reden. Wir würden uns, wie alle Wilhelms-havenerInnen, freuen, wenn mal eine der aufwändigen Investitionen wirklich den Durchbruch bringen würde. So dass dann auch die Bäume an der Jadestraße nicht umsonst gestorben sind, wie der "Seeräuber" am Südstrand. Wir versuchen nur zu ergründen (und das sollten unsere Stadtväter und -mütter auch mal tun), wie es denn kommt, dass mit jedem neuen Projekt die Begeisterungsfähigkeit der Bevölkerung nachlässt. Ganz einfach: mit zurückhaltenden Erwartungen sinkt auch die Enttäuschung, wenn wieder mal was im Sande verläuft. Und man kann sich Peinlichkeiten ersparen, wenn man Projekte nicht von vornherein so hoch aufhängt, als seien sie schon so gut wie fertig und der Erfolg vorprogrammiert. Gleichwohl sollten die BürgerInnen regelmäßig über Planungen und deren weitere Entwicklung, Fortschritte wie auch Rückschläge, informiert werden – aber alles zu seiner Zeit. □

Mütter Zentrum

Werftstr. 45
Tel. 506 106

Ein Ort
der Begegnung
für Jung und Alt,
für Mütter, Väter,
Omas, Opas,
Tanten, Onkel,
Kinder . . .



SOS
Kinderdorf e. V.

Mütterzentrum

Öffnungszeiten

Cafe MüZe:

Montag bis Freitag

09.30 - 13.30 Uhr

Mittwochs auch

15 - 18 Uhr

Links? Links!

Linke Alternative Wilhelmshaven will Demokratie ins Rathaus bringen

(hk) Wilhelmshavens Bürgerinnen und Bürger hatten immer ein starkes Interesse daran, dass im Rathaus nicht nur die Stimmen der etablierten Parteien zu Wort kommen. So hat es eine lange Tradition, dass Gruppen wie die Bürgerschaft, die Frauenliste oder auch die Grünen und in der laufenden Ratsperiode zu Beginn die WALLI im Rat über Politik mitreden können. Zur diesjährigen Kommunalwahl will auch die Linke Alternative Wilhelmshaven (LAW) im Ratssaal Platz nehmen.

Die Linke Alternative versucht, die unterschiedlichen linken Strömungen und Gruppierungen in Wilhelmshaven unter ein Dach zu bringen, unter dem sich bisher die WALLI, die WASG, die Linkspartei und unabhängige Wilhelmshavener Bürgerinnen und Bürger zusammengefunden haben, um Schwung ins Rathaus zu bringen.

Die LAW wird in allen Wahlkreisen Kandidaten aufstellen. Man will, so Johann Janssen von der LAW zum Gegenwind, "Politik öffentlich machen, Meinungen ins Parlament tragen, Diskussionen in Gang setzen."

Konkrete Vorstellungen existieren in den Köpfen der LAW-Leute z.B. dazu, wie diese Stadt aussehen soll, wie der Wohnraum beschaffen sein muss und wie das Neben- und Miteinander von Leben und Arbeiten zukünftig aussehen soll. Janssen: "Die Stadt muss für die, die hier wohnen, wieder attraktiv werden. Wir müssen attraktiven Wohnraum schaffen, Wohnraum, der den Bedürfnissen der Menschen angepasst ist."

Antimilitaristische Politik, ökologische Politik – das sind Bereiche linker Politik, das können die Grünen auch – aber die LAW will es von einer linken Position angehen. "Linke Politik – das heißt Politik für den Bürger – ob das nun die Durchsetzung eines Fahrradweges oder die Ausweisung einer verkehrsberuhigten Zone ist – linke Politik heißt eben auch, den Interessen der Bevölkerung eine Stimme zu geben."

Die LAW spricht sich gegen die einseitig auf Wachstum ausgerichtete Politik des Stadtrates und der Verwaltung aus. Man müsse hier endlich registrieren, dass man

sich in einer schrumpfenden Phase befindet und die Politik entsprechend ausrichten.

Formale Demokratie

Kritik übt die LAW auch an der Art und Weise, wie im Rat die Beschlüsse gefasst werden: "Rede – Gegenrede – Abstimmung – Fertig! Wir wollen, dass im Rat wieder diskutiert wird. Dass auch Bürger wieder mitreden. Sicherheit gibt es in der Niedersächsischen Gemeindeordnung Regelungen, die dieses verhindern – aber wir wollen, dass diese Art der Demokratie wieder in die Rathäuser einzieht. Die Strukturen des Rates und der Verwaltung sind undurchschaubar – die Beschlüsse werden im Verwaltungsausschuss vorbereitet und der Rat nickt nur noch ab – das ist keine Demokratie mehr, das ist nur noch eine formale Demokratie." Janssen weiter: "Wir sehen täglich, dass die Kommunalpolitik nicht im Sinne der Bürger funktioniert. Der Rat ist ja nicht einmal mehr eine Schwatzbude – da wird ja nur noch abgenickt!"

Ein Antrag wird im Rat eingebracht – SPD-Neumann sagt, da sind wir für, und seine Riege weiß, wie sie abzustimmen hat. Wir wollen, dass die Politik der Stadt Wilhelmshaven im Rat diskutiert und beschlossen wird und nicht, so wie es jetzt läuft, andersherum. Jetzt bestimmt die Verwaltung nämlich die Politik und der Rat wird nur noch als demokratisches Feigenblättchen gebraucht. Wir wollen als LAW dieses Diktat der Verwaltung in Frage stellen!"

Ein Schwerpunkt der LAW ist neben den traditionell grünen Themen auch das Thema

Krieg und Frieden. "Die Bundeswehr ist ja hier sehr stark vertreten und die meisten Mitglieder der LAW stehen der Bundeswehr kritisch gegenüber. Wir wollen Treffen mit Soldaten organisieren, die zu Auslandseinsätzen nach Afghanistan, in den Kongo, nach Dschibuti oder sonstwo hin geschickt werden, um über den Sinn solcher Einsätze zu sprechen. Wir wollen der einseitigen Information der Bundeswehr unsere linke Betrachtungsweise entgegensetzen", so Janssen zum Gegenwind. Aber auch die öffentlichen Gelöbnisse passen nach Janssens Meinung nicht in die heutige Zeit: "Es kommt darauf an, dass jemand etwas dagegen sagt!"

Weitere Knackpunkte für die LAW:

Asylrecht – Die LAW fordert, dass die hier lebenden Asylanten ein Bleiberecht bekommen. "Man kann nicht mit Menschen, die einen Großteil ihres Lebens hier verbracht haben, die zum Teil sogar hier geboren sind, hier ihren Lebenskreis haben, so umspringen, wie es in den letzten Wochen und Monaten in Wilhelmshaven geschehen ist." Auch wenn die Stadt sich damit gegen die Bestimmungen des Landes richten muss! Und diese Debatte gehört nach Janssens Meinung in den Rat – da ist eine linke Politik gefordert.

Umgang mit der Geschichte – Es fällt auf, dass die Historiker, die die Geschichte dieser Stadt nicht aus dem kaiserlichen Blickwinkel betrachten, recht klein gehalten werden. Sie werden nicht unterdrückt – aber auch nicht gefördert. Es herrscht so eine Art gesellschaftliche Ignoranz. Es geht darum, über die Geschichte ohne große Konfrontation sprechen zu können. "Warum soll man über die Revolution von 1918 nicht mit Vertretern der Marine diskutieren können?"

Zentralisierung der ärztlichen Versorgung: Ärzte- und Gesundheitszentren sprießen wie Pilze aus dem Boden, die Versorgung im Stadtteil wird dagegen immer weiter vernachlässigt. Es muss möglich sein, eine vernünftige ärztliche Versorgung zu organisieren. Auch hier wollen die LAW-Vertreter ihre Stimme erheben.

Frauenhaus – Die LAW wird sich allen Bestrebungen widersetzen, das Frauenhaus zu schließen bzw. die Unterstützung zu reduzieren. Der LAW ist klar, dass es in Wilhelmshaven nicht viel zu verteilen gibt – aber man will dafür sorgen, dass das Geld, das da ist, richtig verteilt wird.

Arbeitsloseninitiative: Die ALI bekommt schon seit Jahren kein Geld mehr von der Stadt Wilhelmshaven – sie bekommt insgesamt 1.000 Euro pro Jahr (aus Friesland); das ist nicht einmal ein Monatslohn. Doch in Zeiten von Hartz IV bräuchte die ALI mindestens 3 oder 4 hauptamtlicher Berater – und bekommt nicht einmal Geld für einen!

Öffentliche Aufgaben: Die Stadt soll verstärkt öffentliche Aufgaben wahrnehmen und nicht alle Aufgaben an Dritte vergeben. Die Kommune ist ja einzig dafür da, das Leben für die in ihr lebenden Menschen lebbar zu machen. Doch das sieht man heute nicht mehr als Aufgabe an – so z.B. Jugendamt: Der allgemeine Sozialdienst kann nicht einmal mehr die gesetzlichen Mindestaufgaben erfüllen, geschweige denn noch Erziehungsberatung oder so etwas machen. Das ist eine öffentliche Aufgabe – die aber nicht stattfindet. □

50 Jahre Deutsche Marine – ohne Krieg

Dienstag, 06. Juni 2006, 20 Uhr: "Kennst Du das Land, wo die Kanonen blühen?"
Sylvie Hellmann, Schauspielerinnen der Landesbühne Niedersachsen Nord, musikalisch unterstützt durch Thomas Denies, mit Gedichten, Texten und Liedern zum Thema. Im Theatercafé Mephisto im Stadttheater Wilhelmshaven, Peterstraße / Ecke Virchowstraße.

Mittwoch, 03. Mai 2006, 20 Uhr:
Dr. Markus Rudolph - "Warum und wozu gibt es Militärs und wie funktionieren sie" - eine Lesung im Gewerkschaftshaus Wilhelmshaven, Weserstraße 51 / Ecke Virchowstraße.

Donnerstag, 11. Mai 2006, 20 Uhr:
Rainer Trampert und Thomas Ebermann mit ihrem neuen Programm "Zu Gast bei Freunden" im Theatercafé Mephisto im Stadttheater Wilhelmshaven, Peterstraße / Ecke Virchowstraße.

Dienstag, 06. Juni 2006, 20 Uhr:
"Kennst Du das Land wo die Kanonen blühen?" Sylvie Hellmann, Schauspielerinnen der Landesbühne Niedersachsen Nord, mit Gedichten, Texten und Liedern zum Thema. Im Theatercafé Mephisto im Stadttheater Wilhelmshaven, Peterstraße / Ecke Virchowstraße.

Ein Ereignis das es verdient, mit einem eigenen Programm angemessen gewürdigt zu werden.

Antifaschistisches Bündnis Wilhelmshaven

VOM OHR IN DIE BEINE AM GEHIRN VORBEI

Auch am Sonntag, den 11. Juni 2006, geht es wieder

beißen großen Zapfenstreich auf dem Rathausplatz in Wilhelmshaven!

Kein Aprilscherz

Bei der ALI-Monatsversammlung ging es um das neue Gesetz zur Kürzung von Hartz IV

(noa) Sowas! Da kündigen wir endlich mal das Thema einer ALI-Versammlung an – wofür haben die uns den Jahresplan denn auch gegeben? – und dann passiert etwas ganz anderes. Die TeilnehmerInnen am 11. April sind bestimmt trotzdem auf ihre Kosten gekommen. Martin Künkler aus Berlin, politischer Referent bei der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, erläuterte die jüngst in Kraft getretene Änderung von Hartz IV.

Zurück zu Mutter

Unter der Überschrift "Zurück an den Rockzipfel der Eltern!" hatte die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland die Veranstaltung angekündigt. Doch was der Staat mit diesem Teil der Gesetzesänderung spart, ist gemessen an der Summe der Kürzungen, die das "Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze" einspielt, ein Klacks. Gerade mal 40 Mio. Euro sollen gespart werden, indem junge Menschen bis zum Alter von 25 Jahren nicht mehr aus dem Elternhaus ausziehen dürfen, wenn sie Arbeitslosengeld II beziehen.

Um diesen Teil der Gesetzesänderung gab es allerdings den größten Rummel. "Es kann doch nicht angehen, dass junge Leute aus wohlhabenden Elternhäusern ausziehen und sich auf Kosten der Allgemeinheit ihre Wohnung plus Einrichtung bezahlen lassen", hatte z.B. Hubertus Heil (SPD) dazu gesagt. Und da kann man ja nur zustimmen. Diese jungen Leute sollen sich ihre eigene Wohnung mal lieber von ihren wohlhabenden Eltern bezahlen lassen.

Der (schlechte) Witz dabei ist: Diese jungen Leute bekommen auf jeden Fall ihre eigene Wohnung von den Eltern bezahlt, denn Eltern sind unterhaltspflichtig für ihre Kinder, und wohlhabende Eltern können es sich auch leisten, ihrer Unterhaltspflicht nachzukommen.

Gemeint mit dem Gesetz sind junge Leute aus armen Elternhäusern, die zur Finanzierung einer eigenen Bleibe öffentliche Mittel in Anspruch nehmen müssen. Das können sie nun nicht mehr. Zieht z.B. ein 20-Jähriger oder etwa eine 24-Jährige ohne zwingenden Grund aus dem Hotel Mama aus, dann bekommt er/sie die Kosten der Unterkunft nicht erstattet. Und vom Regelsatz allein lässt sich eine Wohnung nicht finanzieren.

"Einschränkung der grundgesetzlich garantierten Freizügigkeit", so nennen viele diese neue Bestimmung. Das stimmt schon. Doch soll jemand, der sich keine Wohnung leisten kann, den Steuerzahlern auf der Tasche liegen?

Kürzung bei den Ärmsten

Tatsächlich ist angesichts des Gesamtpakets an Kürzungen diese Frage nur eine Nebenfront. Einen weitaus größeren Betrag, nämlich 560 Mio. Euro, nimmt der Staat dieser Personengruppe weg, indem für sie der Regelsatz des Alg II von 345 Euro auf 276 Euro, also um 20 % gesenkt wird.

Wen trifft diese Kürzung? Kinder wohlhabender Eltern würden in den Genuss von Arbeitslosengeld II gar nicht erst kommen. Sind aber die Eltern ihrerseits Alg II-Empfänger, können sie ihre erwachsenen Kinder nicht unterhalten. Leben die erwachsenen Kinder

mit ihnen in einem Haushalt und bekommen nur 80 % des Regelsatzes, müssen sie es nun wohl oder übel tun.

Verwandte in direkter Linie sind einander unterhaltspflichtig. Das regelt das Bürgerliche Gesetzbuch. Eltern müssen ihre Kinder ernähren, unterbringen und kleiden. Wenn die Kinder erwachsen sind, bleibt diese Unterhaltspflicht bestehen, gilt aber nur noch eingeschränkt. Den Eltern bleibt ein Selbstbehalt von ca. 1000 Euro pro Person. So viel Geld hat ein Alg II-Empfänger aber, ob mit oder ohne erwachsene Kinder, nicht. Das Familien"einkommen" eines arbeitslosen Ehepaares mit 18- bis 25-jährigem arbeitslosen "Kind" im gemeinsamen Haushalt sinkt durch das neue Gesetz von 967 auf 898 Euro. Und auch Eltern, die berufstätig sind, aber wenig verdienen, werden sich weiter einschränken müssen, wenn der unter 25-jährige Sprössling jetzt nur noch 276 statt bisher 345 Euro in den Haushalt einbringt.

Besonders perfide ist: Der Regelsatz ist für die neuen Bundesländer endlich an den westlichen angeglichen worden. Doch einer solchen Bedarfsgemeinschaft in Ostdeutschland, wo die Langzeitarbeitslosigkeit höher ist als im Westen, nimmt man mehr aus der rechten Tasche, als man ihr in die linke steckt: Der Regelsatz für die Eltern steigt geringfügig, während der Satz für die erwachsenen Kinder deutlich stärker gesenkt wird.

April, April

"Es ist kein Aprilscherz", hatte Werner Ahrens eingangs unter Bezug auf das Inkraft-Treten des Gesetzes am 1. April gesagt. Ein makabrer Scherz ist dennoch damit verbunden: Zwar ist es ab 1. April gültig, also: Die Kürzungen beim Alg II finden seit dem 1. April statt. Doch: Das Verbot, aus dem elterlichen Haushalt auszuziehen, galt schon ab dem Tag der Verkündung des Gesetzes, dem 17. Februar. Noch schnell vor dem 1. April ausziehen, das half nichts.

Martin Künkler hatte seinen Vortrag so kurz gehalten, dass reichlich Zeit zur Diskussion blieb, und zu den Kürzungen für die 18- bis 25-jährigen Arbeitslosen gab es Fragen und Beiträge. So wollten Versammlungsteilnehmer beispielsweise wissen, wie groß die Erfolgsaussichten bei Klagen gegen Bescheide auf Grundlage des neuen Gesetzes wohl sein könnten.

Bezüglich des "Auszuges nur nach Genehmigung" schätzt Künkler die Chancen völlig offen ein. Hier kann man unmöglich vorhersehen, ob ein Gericht die Verletzung der persönlichen Freiheit eines jungen Erwachsenen sanktionieren würde oder nicht. Bezüglich der Senkung des Regelsatzes für 18- bis 25-Jährige wäre denkbar, dass ein junger Arbeitsloser seine Eltern auf Unterhalt

verklagt, den diese ihm natürlich nicht geben können, da ihnen nicht nur keine 1000 Euro Selbstbehalt verbleiben würden, sondern sogar ein Betrag, der unter dem Existenzminimum läge. Doch wer führt eine solche Klage, zumal wenn man weiß, dass sie sich über Jahre hinzieht und der Ausgang völlig ungewiss ist? "Auf See und vor Gericht ist man in Gottes Hand", zitierte Künkler eine alte Weisheit.

"Auszug nur nach Genehmigung" – wann wird denn der Auszug aus dem Elternhaus noch genehmigt? Die Kriterien sind so eng anzusetzen wie jetzt schon, wenn Jugendliche beim Jugendamt um eine eigene Wohnung nachsuchen. Es muss also schon schlimm zugehen zu Hause, bevor die ARGE dem Auszug zustimmt.

Schröpfung der Rentenkasse

Den weitaus größten Kürzungsposten des neuen Gesetzes, an die 2 Milliarden Euro nämlich, stellt der Teil dar, über den am wenigsten geschrieben und gesprochen wurde. Wie wir in der letzten Ausgabe unter der Überschrift "90 Jahre arbeitslos" berichteten, wurden die Beiträge, die für Alg II-BezieherInnen an die Rentenkasse abgeführt werden, gesenkt. Wurde bis 31. März der Rentenbeitrag für Langzeitarbeitslose auf der Basis eines fiktiven Monatsverdienstes von 400 Euro berechnet, so gilt jetzt nur noch eine Berechnungsgrundlage von 205 Euro. Der Rentenanspruch, der dadurch erworben wird, sinkt damit noch weiter.

Ein offensichtlich ziemlich frustrierter und wütender Versammlungsteilnehmer meinte dazu, das würde doch keinen Unterschied machen. Man sollte für Alg II-Empfänger am besten gar keine Rentenbeiträge zahlen.

Geht man von der Rechnung aus, die wir in dem genannten Artikel aufgeführt haben, klingt es erst mal so, als hätte er Recht. Wer in seinem ganzen Leben niemals Arbeit findet, müsste 90 Jahre lang arbeitslos sein und Alg II bekommen, um eine Rente in Höhe von Alg II zu bekommen – jetzt, nach der Kürzung des Rentenbeitrages auf etwa die Hälfte, fast doppelt so lang. So jemand würde dann mit 67, wenn er das Rentenalter erreicht, sowieso ergänzend Grundsicherung bekommen – warum also nicht gleich nur Grundsicherung?

Doch es werden wohl nicht allzu viele Leute während ihres gesamten Erwachsenenlebens arbeitslos sein. Und die Kürzung des Rentenbeitrages für Hartz IV-Betroffene bedeutet, dass an die 2 Mrd. Euro weniger in die Rentenkasse fließen, was die Rente für alle RenterInnen senkt.

Gut zweieinhalb Milliarden Euro sind den Schwächsten der Gesellschaft, den Arbeitslosen und den Alten, zum 1. April weggenommen worden. Und es wurde publizistisch so raffiniert gemacht, dass kaum jemand gemerkt hat, was für eine Schurkerei das ist. □

Das angekündigte Thema (Arbeit für Ältere im Zusammenhang mit Hartz IV) kommt nun in der nächsten Versammlung am 9. Mai dran. Und auch die Juni-Versammlung wird bestimmt spannend: Da wird der Oldenburger Rechtsanwalt Alfred Kroll anderthalb Jahre Hartz IV aus sozialrechtlicher Sicht Revue passieren lassen.

Energie der Zukunft

Womit sollen Wilhelmshavener Busse in Zukunft betankt werden?

(jes) Kriege wurden und werden geführt, um die Verfügbarkeit des "Treibstoffs des freien Westens" sicherzustellen. Es ist an der Zeit, unseren Umgang mit dem beliebtesten Rohstoff der Welt, unseren Umgang mit dem "schwarzen Gold", welches von Bohrtürmen in den arabischen Wüsten oder in der Nordsee ans Tageslicht gefördert wird, zu hinterfragen. Die Kapazitäten dieses fossilen Brennstoffes werden in den nächsten Jahrzehnten ihr Ende erreicht haben.

Die Frage nach einer Alternative zum Erdöl wird (glücklicherweise) immer dringlicher. Der von Rudolf Diesel im Jahre 1900 entwickelte Motor nutzte bereits eine andere Möglichkeit, denn das erste Dieselfahrzeug lief mit Erdnussöl. Heute gibt es viele fortschrittliche Gedanken und Entwicklungen, um das Mineralöl zu ersetzen.

Durchaus vorzeigbare Projekte liefern hierbei einige Regional- und Nahverkehrsgesellschaften wie unter anderem der Hamburger Hochbahn-Verkehrsbetrieb mit seinen seit 2 Jahren laufenden Tests mit Wasserstoffbussen oder die oldenburgische Verkehr- und Wasser GmbH (VWG) mit ihrem im November letzten Jahres begonnenen Erdgas-Projekt im Nahverkehr. Da stellt sich natürlich die Frage, ob ein solches Projekt auch bei den Wilhelmshavener Stadtwerken umzusetzen wäre.

Erdgas?

Wenn wir Oldenburg als Vorreiter der mit Erdgas betriebenen Busse betrachten, müssen wir leider feststellen, dass dasselbe in Wilhelmshaven auf Grund unserer vorhandenen (oder auch nicht vorhandenen) Kapazitäten realistisch gesehen nicht möglich ist. Gegen eine Umstrukturierung des Wilhelmshavener Busparks spricht leider einiges.

Erdgasbusse haben im Grunde Benzinmotoren, und im Gegensatz zu PKW sind sie monovalent. Das heißt, man kann nicht von Erdgas auf einen anderen Treibstoff umstellen. Was auch bedeutet, dass man einen Bus nicht auf Erdgas umrüsten kann. Es müssten also neue Fahrzeuge gekauft werden. Doch die sind zum einen sehr teuer und lassen sich zum anderen sehr schwer wieder verkaufen.

So sitzt Mercedes z.B. derzeit auf 50 fabrikneuen Bussen. Wie sollte dann ein 10 Jahre altes Erdgas-Fahrzeug, bei voranschreitender technologischer Entwicklung, wieder zu verkaufen sein? Ein weiteres Hindernis ist, dass die Reichweite von Erdgasfahrzeugen nicht der eines Dieselmotors entspricht.

Das Scheitern der Umsetzung eines solchen Projektes liegt hierbei nicht nur an den Fahrzeugen selbst, sondern auch daran, dass der gesamte finanzielle Aufwand für unsere Stadt mit ihren 29 Bussen sehr groß

wäre. Die Schulung der Mitarbeiter und die Umrüstung der Werkstatt dürften da noch das kleinere Übel sein, ein großes finanzielles Problem ist aber u.a. die Anschaffung einer Erdgastankstelle, die ca. 1,5 Millionen Euro kostet.

In Oldenburg wurde die Tankstelle von der EWE mitfinanziert, die mit diesem Projekt für sich wirbt. Ob auch die Wilhelmshavener GEW da mitziehen würde?

Des Weiteren ist in den nächsten Jahren mit einem Preisanstieg für den Kraftstoff zu rechnen, da die Verträge und Förderungen (60 Cent pro Liter) in den nächsten Jahren auslaufen. Und zu guter Letzt ist Erdgas auch eine endliche Rohstoffquelle, die irgendwann wieder die Frage nach einer Alternative aufwerfen wird.

Biodiesel?

Um der Umwelt einen kleinen Gefallen zu tun, gibt es noch die Alternative des schadstofffreien Diesels, der hier in der Raffinerie produziert wird (siehe Gegenwind 130).

Paderborn fährt ein erstaunliches Projekt mit seinen Bussen: Wenn man mit diesem Kraftstoff betankten Fahrzeugen bei Vollgas ein weißes Taschentuch an den Auspuff hält, bleibt es weiß.

Dieser Diesel geht aber von unserer Raffinerie lediglich in den Export und wird von Paderborn aus Holland eingekauft. Zudem kostet dieser schwefelfreie Diesel auch noch 10 Cent mehr, und die Busse müssten mit einem speziellen Filter ausgerüstet werden - Kostenpunkt 3000 Euro.

Die Stadtwerke äußerten sich auch aus anderen Gründen zu diesem Lösungsvorschlag negativ, da dieser Kraftstoff nach Aussagen von Herrn Ahlers (Betriebsleiter der Stadtwerke) die Motoren derart verschmieren soll, dass sie davon kaputt gehen und die zusätzlich eingebauten Filter regelmäßig verstopfen.

Dazu ist auch diese Option an die Ölindustrie gekoppelt und nicht ausreichend zukunftsorientiert.

Rapsöl?

Wenn wir wieder zurückkommen zu den Wurzeln des Dieselmotors und an die Betan-

kung mit Pflanzenölen denken, ergeben sich interessante Aspekte. Der Energie-Experte Dr. Ingo Harms hielt in Kooperation mit den Grünen einen Vortrag über die Vor- und Nachteile des Pflanzenöles, besonders über die Betankung mit Rapsöl. Dessen Preis liegt seit einigen Jahren konstant bei 61 Cent pro Liter, es müssten keine neuen Fahrzeuge angeschafft werden, da jeder Dieselmotor mit Rapsöl betankt werden kann. Es wären keine neuen Tanksäulen erforderlich, und anders als bei dem schwefelfreien Diesel gab es bislang keine Beobachtungen über das Verschmieren des Motors. Im Gegenteil: Das Glycerin im Rapsöl unterstützt die Schmierung der Zylinder im Kolben, und durch die höhere Verdichtung schont es zudem den Motor.

Problem(chen): Bei Minusgraden wird Rapsöl härter. Dem kann man durch den Einbau einer Vorheizung entgegenwirken (was mit einem geringen Kostenaufwand verbunden ist), oder man tankt ein wenig Diesel hinzu. Andere Pflanzenöle haben diese Eigenschaft nicht. Pflanzliche Treibstoffe bieten auch ein neues Marktsegment für die Agrarwirtschaft. Zudem sind sie gegenüber dem Diesel weitaus schadstoffärmer, CO₂ entsteht bei der Verbrennung gar nicht. Der Nachteil: Es riecht nach Pommessbude und qualmt sehr stark aus dem Auspuff. Aber auch hieran wird schon gearbeitet. Die Uni München untersucht Rapsöl seit 6 Jahren, um einen Reinheitsstandard herzustellen ("Weihenstephaner Standard").

Da es 2000 verschiedene tankbare Pflanzenöle gibt, könnte jede Region auf der Welt sich mit ihrem natürlich vorkommenden Pflanzenöl selbst versorgen.

In Deutschland ist eine beträchtliche Infrastruktur solcher Rapsöl-Tankstellen gegeben, so dass man sich fragen müsste, weshalb nur wenige ihre Fahrzeuge damit betanken.

Die Antwort ist, dass die Automobilindustrie seit Jahrzehnten ihre Hände darauf hält. Denn wenn man einen Motorschaden oder sonstige Mängel an seinem Fahrzeug entdeckt und ausschließlich mit Pflanzenölen getankt hat, verfällt die Garantie und keinerlei Haftung wird vom Hersteller übernommen. Mercedes z.B. gibt vor, dass man sein Fahrzeug mindestens zu 60% mit Diesel betanken muss, um die Garantie in Anspruch nehmen zu können. Dieses Risiko ist unseren Stadtwerken zu groß.

Wasserstoff?

Wasserstoff lässt sich nur mit einem enormen Energieaufwand herstellen; wenn hierfür Atomenergie eingesetzt wird, kann man hier auch nicht mehr von Umweltfreundlichkeit reden.

Aber nichtsdestotrotz fährt Hamburg seit zwei Jahren ein erstaunliches Pilotprojekt. Auf die Idee kam das Hamburger Hochbahn-Verkehrsunternehmen, welches sich sehr stark engagierte, EU-Fördermittel für dieses Projekt zu bekommen. Weil diese zum Jahresende auslaufen, kann das Projekt, obwohl es nur positive Ergebnisse gibt, nicht selbstständig aufrechterhalten werden. Die 9 Busse, die in Hamburg im Linienverkehr eingesetzt sind, wurden eigens für dieses Projekt von Daimler Chrysler konstruiert, die Kosten sind allein noch nicht tragbar, denn diese Wasserstoff-Alternative steckt im Grunde noch in den Kinderschuhen und ist noch nicht marktfähig. Allein die Wasserstofftankstelle kostet auch hier 1,5 Millionen Euro.



WWW.SJR-WHV.DE

**SAISON ERÖFFNUNG
GENIUSSTRAND**
Sonntag, 14. Mai 2006
um 11.30 Uhr!
**KOSTENLOSE AKTIONEN
FÜR KINDER:**
*Sackhüpfen, Glücksrad drehen und
Knobeln...kleine Preise zu gewinnen
und ganz viele Trostpreise!*

BASU
**FREIE LISTE FÜR
WILHELMSHAVEN**
**BILDUNG | ARBEIT
SOZIALES UMWELT**
WWW.BASU-WHV.DE

...nicht vergessen: Am 10. September 2006 ist BASU-Tag!

Eine Gemeinschaftsinitiative der BASU Wilhelmshaven und der SCHUTZGEMEINSCHAFT JADE-REGION!



WASG
Die Wahlalternative

Andere Politik ist möglich. Jetzt mitgestalten.
04421 - 46 68 36
www.wasg-whv.de

Unverständlich ist, dass diese Fördermittel auslaufen, denn eine andere zukunftsorientierte Alternative zum Mineralöl ist noch nicht in Sicht. Weswegen es doch (eigentlich) für jede Regierung wichtig erscheinen sollte, solche Projekte so lange zu begleiten, bis sie sich selbst finanzieren können, und so viel Interesse und Fördermittel zu investieren, dass solche Fahrzeuge ausgereift und marktfähig werden. Aber einerseits doch wieder verständlich, dass solche Projekte nur Projekte bleiben: Was hätte es für globale Auswirkungen für Politik und Wirtschaft, wenn Wasserstoff für alle Fortbewegungsmittel marktfähig wäre? Ein Faden, der besser nicht zu Ende gesponnen werden möchte...

In Hamburg hat man außer dem finanziellen Aufwand bislang keine negativen Erfahrungen mit Wasserstoffbussen gemacht. Deshalb hat sich auch die Berliner Verkehrsgesellschaft um EU-Gelder bemüht und wird ab Juni dieses Jahres 14 Wasserstoffbusse einsetzen. Das Wasserstoffprojekt HyFleet: Cute wird von MAN, Total und Vattenfall begleitet und von der EU innerhalb ihres Forschungsprogramms gefördert. Es handelt sich laut Pressemitteilung der BVG um ein internationales Demonstrationsprojekt für den öffentlichen Nahverkehr in Europa, in dem sich 31 Partner aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zusammengeschlossen haben, um die Wasserstofftechnologie voranzutreiben. Es sollen Antriebskonzepte in Stadtbussen sowie Technologien und Verfahren zur Herstellung und Verteilung von Wasserstoffbussen aufgezeigt werden. Doch auch dieses Projekt ist lediglich auf eine Dauer von vier Jahren ausgelegt.

Wie unsere Anfrage ergab, besteht bei den Wilhelmshavener Stadtwerken kein besonderer Enthusiasmus, sich ebenfalls um Fördermittel zu bemühen. Unsere Busse werden mit einem schwefelärmeren Kraftstoff betankt, und geplant ist, ein eigens von Mercedes hergestelltes System in unsere Busse einzubauen, welches die neuesten Abgasrichtlinien der EU schon jetzt übertrifft.

Vorerst werden die Stadtwerke Wilhelmshaven ihre Busse wie gewohnt mit Dieselmotorkraftstoff betanken und abwarten, bis jemand mit der für sie perfekten Lösung vor der Tür steht. Falls Sie diese Lösung kennen - bitte bei den Stadtwerken melden! □



TRIANGEL
second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics
u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

Keine Chance?

Die unendliche Geschichte vom Eislaufcenter

(ag) Schon seit über einem halben Jahr dürfen die Wilhelmshavener vom Schlittschuhlaufen auch im Sommer, Eispartys und Heimspielen ihrer Eishockeymannschaft träumen. Doch beim Träumen wird es vorerst wohl auch bleiben. Denn die Stadt Wilhelmshaven und der Investor Ottfried Walther konnten sich immer noch nicht über die Finanzierung der Eishalle einigen. Dann wurde die Zwangsversteigerung angesetzt...

„Ein Schmuckkästchen“ wollte der Bremer Eishallenbesitzer noch im August vorigen Jahres auch aus dem Eislaufcenter in der Friedenstraße machen. Schon im Oktober sollte die Halle komplett renoviert sein und eingeweiht werden. Sehr zur Freude des Wilhelmshavener Eishockeyclubs. Denn kurze Zeit später startete die neue Spielsaison, in der der ECW „richtig durchstarten“ wollte. Doch kaum war der Champagner entkorkt worden, mit dem der neue Investor gefeiert werden sollte, kam es auch schon zu den ersten Verzögerungen.

Die Stadt Wilhelmshaven forderte Walther auf, die Altschulden der Eishalle zu übernehmen. Schulden, mit denen der Bremer Investor an sich nichts zu tun hat. Denn die nicht bezahlten Steuern und Gebühren, die sich insgesamt auf rund 118.000 Euro belaufen, 'gehören' dem Vorbesitzer der Eishalle. Doch mit dem Kauf der Halle würden auch die Schulden an den neuen Besitzer übergehen. Für Ottfried Walther war dieser Kuhhandel zuviel. Vor allem, nachdem ihm während der ersten Bauarbeiten immer deutlicher wurde, wie marode die Eishalle in Wirklichkeit ist. Also ging er auf die Barrikaden und stoppte die Renovierungsarbeiten.

Besonders betroffen davon war der ECW. Denn es war bereits Mitte Oktober und die Spielsaison rückte unaufhaltsam näher. Der Vereinsvorstand, der sich gerade wieder einigermaßen aufgerappelt hatte, sah nicht nur den Aufstieg, sondern auch das Fortbestehen seines Eishockeyclubs gefährdet.

Sofort eilten die ECW-Fans zur Hilfe. Sie organisierten eine Demonstration auf dem Rathausplatz, die die Stadt zum Einlenken und ihnen selbst neue Hoffnung bringen sollte - und das mit Erfolg. Der Wilhelmshavener Oberbürgermeister Eberhard Menzel versicherte den Fans, die Stadt wolle versuchen, schnellstmöglich eine geeignete Lösung für beide Seiten zu finden. Denn der Eishockey in Wilhelmshaven dürfe nicht aussterben.

Der ECW jubelte. Zwar würde die Halle nicht mehr bis zum Saisonstart fertiggestellt werden, doch die Heimspiele sollten dann später nachgeholt werden.

Doch die Verhandlungen zwischen Stadt und Investor zogen sich hin - oder besser gesagt: ziehen sich hin. Denn seit dem letzten Herbst hat sich nicht viel getan. Auf Nachfragen antworten die Stadt und Walther spärlich und ungerne: Über die Hauptpunkte wären die Parteien nun schon übereingekommen, es müssten nur noch Details besprochen werden.

Der ECW hat in der Zwischenzeit die Spielsaison beendet und konnte nicht ein einziges Heimspiel spielen. Von der anfänglichen Hoffnung auf ein positives und schnelles Ende ist über die Wintermonate nicht mehr allzu viel übrig geblieben.

Und so will der ECW einfach nur noch Klarheit. Die hätte es dann auch pünktlich

zum Frühlingsanfang geben können. Denn am 20.03. war für 9.30 Uhr die Zwangsversteigerung des Eislaufcenters im Wilhelmshavener Amtsgericht angesetzt. Der Verkaufswert wurde auf 450.000 Euro festgelegt, das Mindestgebot lag bei der Hälfte.



Mit 30 Interessierten war der Raum bis auf den letzten Platz belegt und "es wurde noch nie so viel Interesse an einer Zwangsversteigerung gezeigt", sagte der erstaunte Richter.

Doch trotz der vollen Reihen wurde es eine ruhige Veranstaltung. Denn niemand wollte für das verschuldete Eislaufcenter bieten. Auch der Bremer Investor Ottfried Walther saß seelenruhig zwischen den Besuchern und wartete auf das Ende der Verhandlung. Im Anschluss versicherte er dem enttäuschten ECW-Vorstand, er wolle die Eishalle definitiv kaufen und stecke gerade mitten in den Abschlussverhandlungen mit der Stadt. Der Stadtkämmerer Hoff sagte, demnächst würden wieder Verhandlungen aufgenommen werden.

Wie und wann diese Verhandlungen jedoch enden, ist weiterhin ungewiss - genauso wie die Zukunft für den ECW. Spätestens im Juni müssen die Mannschaften für die neue Spielsaison angemeldet werden. Doch noch eine Saison ohne Eislaufcenter ist für den Verein nicht möglich. So hoffen sie (wieder einmal), bis dahin zu wissen, wie es weitergeht. Wenn nicht, werden die Mannschaften wahrscheinlich aufgelöst werden müssen. Das würde das Ende für den Wilhelmshavener Eishockey bedeuten. Doch das wäre sicher nicht das Ende der Geschichte vom verschuldeten Schmuckkästchen. □



**AMERICAN STYLE
RESTAURANT &
COCKTAILBAR**

**Bonny's
Diner**

ÖFFNUNGSZEITEN:
MO-DO 9 - 2 UHR
FR 9 - 5 UHR
SA 10 - 5 UHR
SO 10 - 2 UHR

WHV, BAHNHOFSTR. 23 (KINOZENTRUM), TEL. 04421/ 983 506

Der vierte Stand

Kinder von Alg II-Empfängern werden zu Alg II-Empfängern

(noa) "Kann man das wirklich so sagen?", fragte die Gegenwindlerin zweifelnd nach, als auf der letzten Monatsversammlung der ALI davon gesprochen wurde, dass Kinder von Alg II-Empfängern so gut wie keine Chancen auf Vermittlung einer Lehrstelle haben, da es zwei Sorten Berufsberatung gibt.

Es gibt die Arbeits-Agentur (in Trägerschaft der Bundesagentur für Arbeit) und das Job-Center (in Trägerschaft der ARGE). Letzteres ist für die Bedarfsgemeinschaften nach Hartz IV zuständig. Den Part der Betreuung der jungen Leute bis zum Alter von 25 Jahren übernimmt hier die GAQ. Hier gibt es eine (1) Person, die sich um die betreffenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen kümmert, so gut sie kann, es jedoch aufgrund von Arbeitsüberlastung nicht gerade gut kann. So kam es im Februar/März vor, dass ein junger Mann, der von seinem Stiefvater aus dem Haus gewiesen worden war und ohne alles dastand, zunächst einen Termin

für irgendwann im April bekam! (siehe Gegenwind 216: "Obdachlos von Amts wegen?")

"Allerdings kann man das so sagen!", wurde der Gegenwindlerin entschieden versichert. Die heranwachsenden Kinder von Hartz IV-Betroffenen dürfen die Berufsberatung der Arbeits-Agentur (ehem. Arbeitsamt) nicht in Anspruch nehmen – und beim Job-Center kriegen sie kein Lehrstellen nachgewiesen, sondern "Maßnahmen" (z.B. Bewerbertraining) und 1-Euro-Jobs angeboten.

Die letzten Zweifel von (noa) wurden durch die "WZ"-Berichterstattung der folgenden Tage zerstreut. "Diskriminierung wird abgestellt", betitelte die "WZ" am 12.04. einen Artikel, in dem berichtet wurde, dass MdB Kammer (CDU) eine "Zwei-Klassen-Gesellschaft" bezüglich der Berufsberatung angeprangert und eine Änderung des maßgeblichen Leitfadens verlangt hat. Dieser Artikel schließt mit den Worten: "Experten jedoch glauben zu wissen, dass die Formulierung im Leitfaden kein Zufall war. Sie weisen darauf hin, dass eine Änderung im Leitfaden möglicherweise nicht ausreichend sei und auch der entsprechende Gesetzestext geändert werden müsse."

Im Artikel "Peter Lutz: MdB Kammer liegt falsch" in der "WZ" des folgenden Tages widerspricht der Leiter der Arbeits-Agentur Wilhelmshaven zunächst dem Diskriminierungsvorwurf von Herrn Kammer (Berufsberater gehen in alle Schulen, und alle Kinder können ins Berufsinformationszentrum gehen, um sich "allgemein" zu informieren), um ihm danach aber zuzustimmen: "Diskriminierung gebe es allerdings – und das bedaure auch er – wenn sich die Jugendlichen für einen Beruf entschieden hätten und einen Ausbildungsplatz wollten." Wenn nämlich einE JugendlicheR sich mit dem konkreten Anliegen, eine Ausbildung absolvieren zu wollen, an einen Berufsberater wendet, muss der fragen, ob die Eltern Alg II bekommen und, wenn das der Fall ist, ihn/sie zum Job-Center schicken. "Ich wünsche mir, dass der Gesetzgeber das wieder in eine Hand gibt", so Lutz zur "WZ".

Dass unser OB Menzel zwei Tage später die Kritik von Peter Lutz, demzufolge "die Stadt und der Landkreis Friesland ... das so gewollt" haben, zurückweist, sei hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt. Es ist kindisch, sich hier vor Ort die Schuld gegenseitig zuzuschieben. Tatsache ist: Hartz IV benachteiligt die Kinder von Langzeitarbeitslosen und sorgt dafür, dass ihre Chancen, ihr Schicksal anders zu gestalten, kräftig eingeschränkt sind.

Im Mittelalter hatten Deutschland und andere europäische Staaten eine Stände-gesellschaft. Adel blieb Adel, Kaufmannssöhne wurden Kaufmänner und heirateten Töchter von Kaufmännern, Bauernsöhne wurden Bauern. Keiner konnte seinen Stand verlassen. Soll es so wieder werden? □

Antwort

bekam die Arbeitsloseninitiative auf ihr Schreiben an den Rat der Stadt bezüglich der Kosten der Unterkunft für Arbeitslosengeld II-Berechtigte. Jetzt weiß sie: Die Mietobergrenzen in Wilhelmshaven (für 1 Person 252 Euro, für 2 Personen 316 Euro, für 3 Personen 372 Euro, für 4 Personen 472 Euro, für 5 Personen 575 Euro, für jede weitere Person in einer Bedarfsgemeinschaft weitere 65 Euro) wurden auf reichlich schwindelige Art und Weise festgelegt

"In Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts Oldenburg findet seit Jahren eine regelmäßige Auswertung von Wohnungsanzeigen der Tagespresse sowie Abfragen bei den örtlichen Wohnungsbaugesellschaften statt. Parallel hierzu werden Auswertungen von Anträgen der Bereiche Wohngeldstelle und Grundsicherung durchgeführt." Ob dieses Verfahren wirklich geschickter ist als die Erstellung eines Mietspiegels? Sitzt da ein städtischer Beschäftigter täglich mit der "WZ" am Schreibtisch und notiert die Miethöhen der Anzeigen, ruft er dann regelmäßig bei der Wohngeldstelle und beim Amt für Grundsicherung an? Offensichtlich ja. Denn: "Die Ermittlung wird laufend vorgenommen und in halbjährlichen Abständen ausgewertet. ... Die letzte Anpassung bezüglich der Mietobergrenzen ist im September 2005 erfolgt." Aha. Seit dann also erhalten Einzelpersonen 6 Euro weniger als vordem.

Die Heizkostenpauschalen (für 1- und 2-Personen-Haushalte 61 Euro, für 3- und 4-Personen-Haushalte 80 Euro, für Haushalte ab 5 Personen 98 Euro) "werden bei entsprechenden Erhöhungen der Energieversorger angepasst. So hat es eine Erhöhung zum Oktober 2005 und eine weitere Erhöhung ab Februar 2006 gegeben."

Und wie der Zufall es so will, kam bei der Oktober-Anpassung für Einzelpersonen genau der Betrag zur Erhöhung raus, um den man die Mietobergrenze gesenkt hat. Die kräftig gestiegenen Energiepreise sind also seither von den Betroffenen aus ihrem Regelsatz bestritten worden. Sie haben dann also weniger gegessen, weniger getrunken oder sonst was Notwendiges weniger getan. Weniger heizen konnten sie in diesem harten Winter eigentlich nicht.

Aus den Energiekosten werden die Kosten der Warmwasserbereitung rausgerechnet. "Ist der Warmwasseranteil in der Heizkostenabrechnung nicht extra ausgewiesen, werden die Regelleistungen um folgende Warmwasseranteile verringert": Bei 345 Euro um 6,73 Euro, bei 311 Euro um 6,07, bei 276 um 5,38, bei 207 und 4,04 Euro. Diese Summen muss man also von den o.g. Heizkostenpauschalen abziehen. "Eine Anpassung ist erst wieder bei einer Veränderung der Regelsätze zu erwarten." "Ich hoffe, Ihrem Anliegen damit zunächst weitergeholfen zu haben", schließt Herr Stoffers mit freundlichen Grüßen. Das hat er nicht, denn das Anliegen der Arbeitslosen wäre eigentlich eher, die tatsächlichen Kosten der Unterkunft und der Heizung erstattet zu bekommen. Aber jetzt weiß die ALI wenigstens Bescheid. (noa)

KULTUR - KOMMUNIKATION

HOTEL KLING KLING

WHV Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr
MUSIK FÜR DICH

Frühstücken
Partys - Konzerte

30. April SKA'n den Mal!

DASKARTELL 21 Uhr

Friday GLOOMY FRIDAY
5.5. 2004-05 "Dark Wave & Gothic Night"

TIGERBOMBS

26. Mai

MONKEEMAN
2. Juni
21 Uhr

PfingstSonntag
4. Juni
BIG JOHN BATES
& The Voodoo Dollz
Hot Rod - Blues
Rock'n Roll
Burlesque - Show

www.kling-klang-whv.de

hartz IV und recht

Kein Sozialgeld für Kinder von Müttern in Ausbildung? Doch!

Es geht das Gerücht um, Kinder von Müttern, die BAFÖG oder sonstige Ausbildungsvergütungen oder -beihilfen beziehen, hätten keinen Anspruch auf Sozialgeld nach Hartz IV. Schülerinnen und Studentinnen mit Kindern wurden beim Job-Center in Wilhelmshaven bis in das Jahr 2006 hinein entsprechend "informiert" und stellten erst gar keinen Antrag. Das Sozialgericht Oldenburg ist jedoch anderer Auffassung.

Und so beziehen schon seit über einem Jahr einige Mütter, die in Ausbildung sind, Sozialgeld für ihre Kinder, während andere Frauen in der gleichen Situation neben der Ausbildung her jobben, ihre Liebblingstante anschnorren, auf Flohmärkten gnadenlos feilschen und freudig jede Einladung zu Bekannten annehmen, weil sie anders ihre Kinder nicht satt und angezogen kriegen würden.

Wir nennen hier drei Fälle, in denen das Sozialgericht Oldenburg schon bald nach dem In-Kraft-Treten von Hartz IV die ARGE Oldenburg per einstweiliger Anordnung zur Zahlung von Sozialgeld verdonnert hat.

Eine allein erziehende 40-jährige Mutter dreier Kinder im Alter von 6, 9 und 12 Jahren hat ein FH-Studium begonnen. Nachdem die Familie bis zum 31.12.2004 Sozialhilfe bekommen hatte, beantragte die Frau nun Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes für sich und ihre drei Kinder bei der ARGE Oldenburg. Die lehnte die Zahlung jedoch ab mit der Begründung, da sie, die Mutter, studiere, habe sie keinen Anspruch auf Alg II und ihre Kinder folglich keinen Anspruch auf Sozialgeld. Da ihrem Widerspruch gegen den Ablehnungsbescheid nicht abgeholfen wurde, wandte sie sich an das Sozialgericht und beantragte eine einstweilige Anordnung. Diesem Antrag wurde teilweise stattgegeben. Sie selber bekommt zwar keine Leistungen, doch ihre Kinder bekommen Sozialgeld in der gesetzlich festgelegten Höhe.

Eine 33-jährige Mutter zweier Kinder studiert und bezieht Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz für sich selbst. Wie in obigem Fall lehnte die ARGE Oldenburg die Zahlung von Sozialgeld für die beiden Kinder ab; wie in obigem Fall mit der Begründung, als Studentin bekäme sie kein Alg II, ihre Kinder demzufolge kein Sozialgeld. Auch hier erging eine einstweilige Anordnung, durch die die ARGE zur Zahlung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts der Kinder gezwungen wurde.

Im dritten Fall absolviert die 31-jährige Mutter zweier Kinder im Alter von 12 und 13 Jahren kein Studium, sondern befindet sich in einer Berufsausbildung zur Bürokauffrau beim BNW. Sie erhält eine Ausbildungsvergütung in Höhe von 739 Euro und eine Berufsausbildungsbeihilfe. Auch in ihrem Fall wurde die Zahlung von Sozialgeld für die Kinder abgelehnt, durch das Eilverfahren beim Sozialgericht jedoch durchgesetzt.

Eine Familie ist auch dann eine Bedarfsgemeinschaft im Sinne des Hartz IV-Gesetzes, wenn das Familienoberhaupt wegen der Teilnahme an einer Ausbildung kein Alg II bezieht, ohne die Ausbildung aber einen Anschluss darauf hätte. In dem dritten Beschluss wird ausgeführt: "Die Antragstellerin ist eine erwerbsfähige Hilfebedürftige im Sinne des § 7 Abs. 1 Satz 1 SGB II. Demzufolge sind gemäß § 7 Abs. 2 Satz 1 die Kinder der Antragstellerin anspruchsberechtigt, denn nach dieser Vorschrift erhalten auch Personen Leistungen, die mit dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in einer Bedarfsgemeinschaft leben. (...) Der Umstand, dass die Antragstellerin selbst aufgrund der Sondervorschrift des § 7 Abs. 5 Satz 1 SGB II keinen Leistungsanspruch hat, steht dem nicht entgegen. Die Bedarfsgemeinschaft als solche bleibt hiervon unberührt. Damit haben die Kinder der Antragstellerin Anspruch auf Sozialgeld gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1 SGB II."

Und wie hoch ist das Sozialgeld für die Kinder? Es beträgt pro Kind 60 % der Regelleistung für eine erwachsene Person, wobei allerdings das Kindergeld anzurechnen ist. Darüber hinaus stehen den Kindern Kosten der Unterkunft zu, wobei diese Kosten nach der Anzahl der Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft aufzuteilen sind.

Inzwischen werden betroffene Mütter beim Job-Center Wilhelmshaven nicht mehr mit der falschen Auskunft, ihre Kinder hätten keinen Anspruch, abgewimmelt. Diejenigen, die während des ganzen letzten Jahres den Versuch erst gar nicht unternommen haben, sollten den Antrag doch stellen. (noa)

Günstiges Baugeld

Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:
Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144



VERSICHERUNGSGRUPPE

Mehr Privatsolvenzen in Wilhelmshaven als in ganz Schweden

VERBRAUCHER Arbeitslosigkeit Hauptursache
WILHELMSHAVEN/NI - Das wendern bedrohlich mit
Jahr 2005 hat Deutschland ein die Steigerungsraten bei
neuen Rekord bei den Verbrauchersolvenzen.
Verbrauchersolvenzen be- 24,5 % mehr Insolvenzen
schern. Nach den neuesten im Jahr 2004 könnte

und Leuchtturmprojekte so weit das Auge reicht!

Virtuell ist Wilhelmshaven schon längst
fein raus, die Wirklichkeit sieht allerdings
etwas düsterer aus.

200 Mio. Euro geschätzte Gesamtschulden,
versteckt in über 40 städtischen Gesell-
schaften und 2.000 Euro Zinsbelastung
pro Tag, das sind die wirklichen Eckdaten
vom „blühenden“ Wilhelmshaven.

„Kennen Sie das Märchen
vom nie enden wollenden
Wirtschaftsaufschwung
in Wilhelmshaven?“

Seit über 30 Jahren versprechen die eta-
blierten Parteien den Wilhelmshavener
Bürgern immer wieder die blühende Stadt,
die Schaffung von tausenden von Arbeits-
plätzen, die Belebung der Stadtteilzentren,
den Wirtschaftsaufschwung!

Unser Thema ist schon jetzt die Kommu-
nalpolitik der Zu-
kunft und die Lö-
sung der dringend-
sten Probleme!

Am 10. September

2006 ist BASU-Tag

und wir freuen uns

BASU
FREIE LISTE FÜR
WILHELMSHAVEN

BILDUNG ARBEIT
SOZIALES UMWELT

WWW.BASU-WHY.DE

auf Ihre Stimme und Ihre Mitarbeit.

BASU-TREFFEN: REGELMÄSSIG
2X IM MONAT, JEDEN 1. UND 3. MONAT
IN DER RUSCHEREI AB 19.00 UHR!

www.basu-whv.de

Jonathan



Naturkost

Ab in die Kiste!

Praktisch, gesund und lecker: Die Abo-Kiste -
Obst und Gemüse jeden Mittwoch
direkt an die Haustür

Wilhelmshaven ● Marktstr. 94 ● Tel. + Fax: 04421/13438

Machtwahn

Albrecht Müller hat nach "Die Reformlüge" ein neues Buch geschrieben

(noa) Es gibt ein neues Buch von Albrecht Müller. Am 18. Oktober 2004 las der Autor im gut besetzten Pumpwerk aus seinem Buch "Die Reformlüge" (vgl. Gegenwind 202 und 203). "Machtwahn" heißt sein jüngst erschienenenes neues Werk. Wir haben schon einmal drin geblättert.

"Machtwahn" trägt den Untertitel "Wie eine mittelmäßige Führungselite uns zugrunde richtet". Wow! Endlich spricht es jemand klar und offen aus! In der Einführung schreibt Müller über unsere Führungseliten, "dass sich ihr Denken in den immer gleichen Schablonen vollzieht... (und) ...dass sie gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge nicht durchschauen". (S. 14) Sie treffen schädliche Entscheidungen und haben seit den siebziger Jahren dafür gesorgt, dass es Deutschland von Jahr zu Jahr wirtschaftlich schlechter ging, dass das Bruttoinlandsprodukt, die privaten Konsumausgaben, die Investitionen im Vergleich zu vielen anderen OECD-Staaten sinken, während die Arbeitslosenrate stärker steigt als in den anderen Staaten. Schröders Agenda 2010, die von der jetzt regierenden großen Koalition weitergeführt wird, verschärft diese Probleme, statt sie zu bekämpfen. Die Verantwortlichen reden sich damit heraus, dass sie sagen, die Reformen bräuchten mehr Zeit zum Wirken, sie seien nicht scharf genug und müssten verstärkt werden – oder sie sprechen vom "Missbrauch" durch die "Nutznießer" (womit sie nicht die Wirtschaftsbosse, sondern die Arbeitslosen, die Kranken, die Alten meinen). Sie halten am Reformkurs fest



und ignorieren die Erfahrungen anderer Länder, die zwar auch eine neoliberale Wirtschaftspolitik verfolgen, aber gleichzeitig im Interesse ihrer Volkswirtschaften weitere wirtschaftspolitische Instrumente einsetzen und damit ihre Binnenmärkte stützen.

Müller zitiert aus einem Artikel der Londoner Times vom 14.11.05: "Deutschlands Plan, das eingestandene ökonomische Versagen dadurch zu korrigieren, dass man exakt das Gegenteil dessen tut, was die moderne Ökonomie vorschlägt, ist sicher eine herausragende und neue Idee." (S.71)

Und so verschärft sich in Deutschland der Gegensatz zwischen Arm und Reich. "Schon über 13 Prozent aller Haushalte gelten nach amtlicher Bewertung als arm. Jedes fünfte Kind, in den neuen Bundesländern sogar jedes vierte Kind, lebt in einem Haushalt, der als arm gilt. Das Jahr 2005 ist typisch für die Spreizung der Einkommensentwicklung: Das Volkseinkommen insgesamt wuchs um 26 Milliarden Euro, die Arbeitnehmerentgelte jedoch gingen um 6 Milliarden zurück; entsprechend wuchsen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen um 32 Milliarden Euro." (S.79)

"In keinem anderen Land ist der makroökonomische Sachverstand so gering wie bei

uns" (S.90), und so wird privatisiert, um kurzfristig an Geld zu kommen – bis die ungleich höheren Kosten, die die Privatisierung verursacht, anfallen, ist der betreffende Politiker längst im gut alimentierten vorzeitigen Ruhestand. So werden die Sozialversicherungssysteme ausgehöhlt – die Folgekosten werden einfach ausgeblendet. Ein neuer Bildungsnotstand entsteht – doch die Verwahrlosung durch Kommerzialisierung wird in Kauf genommen.

Unsere Eliten sind in ein naives Denken zurückgefallen; sie verstehen komplizierte Wirkungszusammenhänge nicht, untersuchen und analysieren die Dinge, über die sie sprechen und entscheiden, nicht sorgfältig; sie denken einzel- und betriebswirtschaftlich, wo eine gesamtwirtschaftliche Betrachtungsweise angebracht wäre; und sie denken die Dinge nicht zu Ende. Und kaum jemand denkt noch kritisch über das nach, was sie sagen und anrichten. Sogar "Wissenschaftler, die in ihrem eigenen Fach auf empirische Belege achten, übernehmen außerhalb ihres Fachgebietes wie selbstverständlich die gleichgeschaltete Botschaft, auch wenn die Fakten dem widersprechen." (S. 192)

Wie kann es angehen, dass gebildete Menschen, die in hohen politischen Ämtern sitzen und Verantwortung für ein ganzes Volk tragen, nicht merken, was sie tun?

Eine Reihe von Gruppierungen, die etwa seit dem Jahr 2000 und verstärkt 2003 aus dem Boden geschossen sind, beeinflussen auf vielfältige Weise die Spitzen der Parteien und die Bundes- wie die Landesregierungen. Die "Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft" und andere Lobbygruppen nutzen die Medien, um die den Unternehmern genehmen Botschaften unters Volk zu bringen. Die Spitzenpolitiker fallen darauf ebenso herein wie die schlichten Bürger, die nach Feierabend erschöpft vor der Glotze sitzen und sich berieseln lassen. "Neben den neugegründeten Reforminitiativen spielen die großen Unternehmensstiftungen, allen voran die allgegenwärtige Bertelsmann Stiftung eine zentrale Rolle, wenn es darum geht, den politischen Diskurs der Bundesrepublik zu steuern. ... Die Bertelsmann Stiftung und das mit ihr verbundene Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) waren in den letzten Jahren der Kontakthof, in dem Politik und Wirtschaft politische Entscheidungen vorbesprechen." (S. 312)

Unser Tipp: Unbedingt lesen!



**WählerInnengemeinschaft
für Wilhelmshaven**

**Treffen der WALLI:
Jeden 1. u. 3. Dienstag im
Monat um 20.00 Uhr
in der Gaststätte
"Kreuzelwerk"
Freiligrathstr. 432**

**WALLI
Wilhelmshavener Alternative
Liste
Tel./Fax: 04421 879249
E-Mail: w.alli@web.de
Internet: walli-whv.de**

Hobby statt Hauptamt

Niedersächsische Kommunen sparen Gleichberechtigung kaputt

(iz) Was Expertinnen befürchteten, ist nun auch statistisch belegt: Nicht nur in der Region, sondern landesweit nutzen Kommunen neue Regelungen im Kommunalverfassungsrecht, um sich auf Kosten der Gleichstellung zu sanieren.

Nur wenige Minuten brauchte der Sander Gemeinderat Ende März, um die Stelle der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten (GB) zu kippen – wegen der „prekären Finanzsituation“. Schwer nachvollziehbar, wenn die Gemeinde kurz zuvor für 70.000 Euro eine Immobilie erwirbt, um sie abzureißen – obwohl es schon einen privaten Interessenten gab.

Ganze 13.000 Euro Personalkosten spart die Gemeinde nun im Jahr. Den Job soll zukünftig eine ehrenamtliche Kraft (gegen 200 Euro Aufwandsentschädigung monatlich) verrichten. Die sozialen Folgekosten, die durch den Wegfall der Beauftragten entstehen, fließen allerdings in die Rechnung nicht ein.

Damals hat Sande freiwillig (gemeinsam mit Zetel) die Stelle geschaffen, obwohl auf Grund der EinwohnerInnenzahl keine Verpflichtung dazu bestand. Mit der Abschaffung der hauptamtlichen GB spielt Sande keine traurige Vorreiterrolle, sondern folgt einem Landestrend. Seit die Verpflichtung gelockert wurde, GB hauptamtlich zu beschäftigen, bröckelt es allerorten.

Was hat sich gesetzlich geändert?

Seit 1993 sind die kommunalen Gebietskörperschaften (Städte, Gemeinden und Landkreise) in Niedersachsen verpflichtet, Frauenbeauftragte zu bestellen. Die Vorschriften des so genannten Frauenbeauftragtengesetzes flossen in die Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) und die Nds. Landkreisordnung (LKO) ein.

Am 20. April 2005 beschloss der niedersächsische Landtag ein Gesetz zur Änderung des Kommunalverfassungsrechts, das sich auch auf NGO und LKO auswirkte. Zum einen wurden die Frauen- in Gleichstellungsbeauftragte umbenannt. Damit sollte herausgestellt werden, dass sie sich grundsätzlich für den Abbau geschlechtsspezifischer Benachteiligungen beider Geschlechter einsetzen sollen. Gravierender waren jedoch die Änderungen im Beschäftigungsumfang. Bislang mussten alle Gemeinden (außer Mitglieder von Samtgemeinden) mit mehr als

20.000 EinwohnerInnen eine Frauenbeauftragte **hauptberuflich** beschäftigen. Das gilt jetzt ausdrücklich nur noch für die kreisfreien und großen selbständigen Städte, die Landeshauptstadt Hannover und die Stadt Göttingen. Alle anderen müssen zwar eine GB **bestellen**, diese kann jedoch auch ehren- oder nebenamtlich beschäftigt werden.

Katastrophale Folgen

Schon im Vorfeld der Gesetzesnovelle wurden „in vorseilender Anwendung“ landesweit hauptamtliche GB-Stellen abgebaut. „Geht die Frauenpolitik in Niedersachsen baden?“, lautete der sorgenvolle Titel einer Veranstaltungsreihe, die im November 2004 von Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbüros (LAG) gestartet wurde. Eine systematische Auswertung bis Ende März 2006 bestätigte die Befürchtungen: Die Zahl der hauptamtlichen GB ging in den letzten 3 Jahren von 184 auf 138 zurück. 46 hauptamtliche Stellen wurden zu Ehrenämtern (25), Nebenämtern (17) oder sind in der Entwicklung noch unklar (4). In der Region zeigt sich der Trend wie folgt: Die Gemeinden Sande, Wangerland, Zetel und Bockhorn wandelten haupt- in ehrenamtliche Stellen um, in Jever ist die GB schon seit 1997 nur noch nebenamtlich tätig („Handywoman“, GEGENWIND 142).

„Hauptamt“ bedeutet nicht „Vollzeit“. Die Stelle der GB der Stadt Wilhelmshaven wurde beim Wechsel der Stelleninhaberin auf die Hälfte gekürzt.

Schleichende Demontage

Neben dem offensichtlichen Abbau- bzw. Umwandlungsprozess beobachtet die LAG auch eine qualitative Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für GB: „Da wird ein beruflicher Wechsel der Stelleninhaberin genutzt, eine Stelle nicht wiederzubesetzen, dort werden ihr neue Aufgaben übertragen, so dass die Gleichstellungsarbeit zum zusätzlichen persönlichen Hobby wird, oder das Haushaltsdefizit wird ausgerechnet durch die Abschaffung oder Reduzierung des Querschnittsamtes ‚Gleichstellungsbeauftragte‘ saniert. Die Betroffenen (GB) erfahren manchmal erst als Letzte davon oder erleben eine entwürdigende Auseinandersetzung um ihre bisher geleistete Arbeit, ihre Stelle und ihre Person.“ Zusätzliche Aufgaben führen zur Arbeitsüberlastung, die Vernetzungsarbeit wird geschwächt, Abstriche in der finanziellen Ausstattung tun ihr Übriges. Bei den Abfragen unter den Kolleginnen zeigte sich nicht selten eine starke persönliche Verunsicherung. Viele fürchten, sie selbst würden in absehbarer Zeit von massiven Einschnitten oder gar Kündigungen betroffen. „Es wurde berichtet, dass Kolleginnen kaum noch wagten, abweichende Positionen in den Räten zu vertreten, da sie mit Sanktionen rechneten.“ Ein subtiler wie eindeutiger Rechtsbruch: Laut NGO ist die GB „bei der rechtmäßigen Erfüllung ihrer Aufgaben ... an Weisungen nicht gebunden“.

„Doch die Verhältnisse, die sind nicht so“

Noch gibt es kleine Lichtblicke in dieser rückwärtsgewandten gesellschaftspolitischen Entwicklung: Die Städte Schortens (ca. 21.000 EinwohnerInnen) und Varel (ca. 25.000) leisten sich – als rühmliche Ausnahmen – weiterhin jeweils eine hauptamtliche GB mit je 19,5 Wochenstunden, also mit dem gleichen Zeitumfang, den die GB für Wilhelmshaven (ca. 84.000 EinwohnerInnen) zur Verfügung hat. „In Schortens stehen Rat und Verwaltung geschlossen hinter Doris Fuhlbohm, und auch Bürgermeister Gerhard Böhleng betont: ‚Unsere Gleichstellungsbeauftragte macht einen guten Job.‘“ (WZ 25.3.2006)

Auf Landkreisebene bleibt auch Elke Rohlf-Jacob weiterhin mit 25 Stunden pro Woche als GB beschäftigt. Sie stellt fest: „Die Arbeit einer Ehrenamtlichen muss zwar nicht zwangsläufig schlechter sein, aber es ist eine Frage der Bewertung der Arbeit und der Einbindung in die kommunalen Prozesse.“ Deutlicher sagt es die LAG: „Ehren- oder nebenamtlich ist es nicht möglich, in Verwaltung und Kommune den Einsatz für die Umsetzung der gebotenen Chancengleichheit sowie die kontinuierliche Präsenz vor Ort sicherzustellen.“

Nicht zuletzt ist die Gleichstellung auch auf höherer Ebene als gesetzlicher Auftrag festgeschrieben, dessen Erfüllung auch in anderen Bereichen mehr als ein Ehrenamt erfordert:

Grundgesetz Art. 3 Abs. 2

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt (1949).“

Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin (Zusatz seit 1994).“

Niedersächsische Verfassung Art. 3 Abs. 2, Satz 2:

„Die Achtung der Grundrechte, insbesondere die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist eine ständige Aufgabe des Landes, der Gemeinden und Landkreise.“

Das Nds. Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit äußert sich zur Gesetzesänderung auf Landesebene wie folgt: „So werden die Kommunen in ihrer Verantwortung gestärkt, es besteht die Möglichkeit der Anpassung an die tatsächlichen Gegebenheiten.“ Welche Gegebenheiten? Die finanziellen – oder die emanzipatorischen? Sind letztere so weit fortgeschritten, dass die Gesellschaft ihre dahingehenden Bemühungen zurückschrauben kann? Mitnichten, wie auch das Frauenministerium konstatiert: „Die tatsächlichen gesellschaftlichen Gegebenheiten erfordern es noch, dass sich die Beauftragten überwiegend um die Belange der weiblichen Bevölkerung zu kümmern haben, weil diese aufgrund der strukturellen Rahmenbedingungen nicht immer eine gleichberechtigten Stellung erlangt.“ □

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70

1. Mai-Kundgebung am Pumpwerk in Wilhelmshaven



Beginn: 11.00 Uhr

Eröffnung:

Howard Jacques

Stellvertretender DGB-Kreisvorsitzender

Mairede von:

Susanne Kremer

ver.di – Landesbezirksfachbereichsleiterin
Bund und Länder

Anschließend das Maifest mit:

Kaisers Blues Band

sowie vielen Informationen
und Aktionen für die ganze Familie



1. Mai
**Deine
Würde
ist
unser
Maß**